

München, 28.04.2023

SPD fordert, das Übertrittszeugnis abzuschaffen

Ja zu einer individuellen Förderung, Nein zum starren Aussortieren im Grundschulalter: Die SPD-Landtagsfraktion fordert, die verbindlichen Übertrittszeugnisse nach der vierten Klasse abzuschaffen.

Die Beurteilungen, die am kommenden Dienstag wieder verteilt werden, sind ein unnötiger Stressfaktor für unsere Kinder – wer nicht auf einen Notendurchschnitt von 2,66 beziehungsweise 2,33 kommt, darf nicht auf Realschule oder Gymnasium. Stattdessen setzen die SPD-Bildungspolitikern **Dr. Simone Strohmayr** und **Margit Wild** auf persönliche Lernentwicklungsgespräche, Austausch mit den Eltern und Übertrittsempfehlungen der Lehrkräfte als Orientierungshilfe.

Dr. Simone Strohmayr: „Das sogenannte Grundschulabitur führt seit Jahren zu großer Unruhe an den Schulen. Sowohl die Kinder, die es auf Realschule oder Gymnasium schaffen wollen, als auch ihre Eltern sowie die Lehrerinnen und Lehrer sind enorm gestresst durch den Druck. Es geht immer weniger um das Lernen, sondern nur noch um die Noten, die man zum Weiterkommen braucht.“

Margit Wild: „Dieses starre Festhalten am Notenschnitt als Voraussetzung fürs Gymnasium führt dazu, dass schon Zehnjährige enormen Stress haben. Expertinnen und Experten warnen gar vor einem Burnout bei Kindern. Das führt nicht zu besseren Leistungen und muss endlich ein Ende haben.“